



bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Dr. Peter Raggl
Präsident des Bundesrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.330.961

Wien, am 6. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Bundesräte Mag. Gruber-Pruner, Kolleginnen und Kollegen haben am 6. Mai 2021 unter der Nr. **3878/J-BR/2021** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Ihre Verantwortungslosigkeit stürzt Familien in Not – Herr Bundeskanzler, tun sie endlich etwas!“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 38:

1. *Welche nachhaltigen Überlegungen gibt es von Seiten der Bundesregierung zur Beseitigung von Familienarmut und Kinderarmut?*
2. *Liegen der Bundesregierung Zahlen vor, wie viele Familien von Einkommenseinbußen in Folge von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen sind?*
 - a. *Wenn ja: Stellen Sie diese bitte im Detail und geben Sie an, wie viele Familien gesamt von negativen Folgen getrennt nach Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen sind, wie sich diese auf die Bundesländer verteilen und wie das Verhältnis zwischen AlleinerzieherInnen und Familien mit beiden Elternteilen verteilt ist.*

- b. Wenn nein: Warum wurden diese Zahlen nicht schon längst durch die Bundesregierung erhoben bzw. deren Erhebung in Auftrag gegeben?*
 - c. Wenn nein: Was werden Sie tun, um diesen Umstand zu ändern, damit endlich valide Zahlen darüber zur Verfügung stehen?*
- 3. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Familien von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind?*
 - a. Wenn ja: Nennen Sie bitte die Zahlen.*
 - b. Wenn ja: Wie viele Alleinerziehende sind betroffen und wie ist das Verhältnis zwischen Männern und Frauen?*
 - c. Wenn nein: Warum nicht?*
 - d. Was werden Sie konkret unternehmen, um den Menschen Perspektiven zu geben, wie sie aus der Langzeitarbeitslosigkeit kommen?*
- 4. Wann leitet die Bundesregierung endlich die Ergebnisse der Kinderkostenstudie dem Parlament zu?*
- 5. Warum legt die Bundesregierung keine Novelle des Familienlastenausgleichsgesetzes (1967) bzw. geänderte Richtlinien vor, worin eine Erweiterung des BezieherInnenkreis des Familienhärteausgleichs festgelegt wird?*
- 6. Weshalb ändert die Bundesregierung die Richtlinien zum Familienhärteausgleich nicht dahingehend, dass Personen, die innerhalb der letzten 12 Monate mehr als drei Monate arbeitslos oder in Kurzarbeit waren, ein weiteres Mal Unterstützung aus dem Familienhärteausgleich erhalten?*
- 7. Rund 40 Prozent der Familien wissen lt. einer Befragung der Volkshilfe nichts von den aktuellen Fördermöglichkeiten. In welcher Form wird die Bundesregierung diesem Informationsdefizit entgegenreten?*
- 8. Wird die Bundesregierung dem Parlament eine Gesetzesnovelle vorlegen, worin das Arbeitslosengeld auf 70 Prozent Nettoersatzrate erhöht wird?*
 - a. Wenn ja: Wann?*
 - b. Wenn nein: Warum nicht?*
- 9. Werden Sie als Bundeskanzler im Angesicht der drohenden Verarmung gewisser Bevölkerungsschichten darauf drängen, eine Neuauflage einer echten Mindestsicherung zu Stande zu bringen?*
 - a. Wenn ja: Wann werden Sie in Verhandlungen mit den Bundesländern eintreten?*
 - b. Wenn ja: Ab wann soll diese die Menschen in unserem Land effektiv vor Armut absichern?*
 - c. Wenn nein: Warum nicht?*

10. Weshalb verzichtet die Bundesregierung auf den Ausbau und Finanzierung der (Online) Informationsangebote für Alleinerziehende?
11. Warum halten Sie nicht Ihr Wort und leiten dem Parlament eine Novelle des Familienlastenausgleichsgesetzes (1967) zu, worin endlich eine Unterhaltsgarantie umgesetzt wird?
12. Wie stehen Sie als Bundeskanzler zu einer nachhaltigen Budgeterhöhung für die Familienberatungsstellen?
13. Warum lässt die Bundesregierung Eltern und Kinder weiterhin in Unsicherheit und leitet dem Nationalrat und in weiterer Folge dem Bundesrat noch immer keine Novelle des Arbeitsvertragsrechtsänderungsgesetzes zu, worin eine umfassende echte Sonderbetreuungszeit normiert wird?
14. Welche Nachteile entstehen aus Sicht der Bundesregierung durch einen umfassenden Rechtsanspruch für Eltern auf Sonderbetreuungszeit?
15. Wann stellt die Bundesregierung sicher, dass die gesetzliche Regelung der Sonderbetreuungszeit verlängert wird und bis wann wird die Bundesregierung diese verlängern?
16. Kann die Bundesregierung sicherstellen, dass die Schulen noch vor den Sommerferien in den Regelunterricht zurückkehren können?
17. Kann die Bundesregierung sicherstellen, dass Kindern auf Grund der besonderen Situation weder auf der fachlichen, psychischen oder sozialen Ebene Nachteile in ihrer Bildungsbiographie entstehen?
 - a. Wenn ja: Wie und bis wann?
18. Weshalb wurden seitens der Bundesregierung noch immer keine gesetzlichen Maßnahmen getroffen, um das Angebot an Versorgungsplätzen im ambulanten und stationären Bereich in der Kinder- und Jugendpsychiatrie auszubauen?
19. Wie viele Kassenplätze in der Kinder- und Jugendgesundheit, Kinder- und Jugendpsychiatrie und Kinder- und Jugendpsychotherapie werden im nächsten Jahr geschaffen?
20. Welche Strategien verfolgt die Bundesregierung, um den Personalmangel in der gesundheitlichen Versorgung von Kindern und Jugendlichen zu beheben?
21. Wann wird das schulsozialarbeiterische sowie schulpsychologische Angebot an jedem Schulstandort wirksam?
22. Weshalb stemmt sich die Bundesregierung seit Monaten dermaßen gegen einen Kinder- und Jugendgipfel, bei dem endlich Kinder und Jugendliche sowie FachexpertInnen in diesem Bereich gehört werden?
23. Welche drei Maßnahmen sind für Sie persönlich und welche sind für die Bundesregierung prioritär, um die psychische Belastung von Kindern und

Jugendlieben zu reduzieren? Nennen Sie diese bitte konkret, bis wann Sie gedenken, diese umzusetzen.

- 24. Welche Perspektiven kann diese Bundesregierung und Sie als Bundeskanzler jungen Menschen für die Monate bis zum Sommer aber auch danach geben?*
- 25. Welche Verbesserungen zum Schutz von Frauen vor Gewalt wird die Bundesregierung umgehend umsetzen?*
- 26. Wie lauten die Ergebnisse des Sicherheitsgipfels am 3. Mai 2021 und bis wann werden diese umgesetzt sein?*
- 27. Wann werden die Frauenberatungsstellen mit mehr Geld rechnen können?*
- 28. Warum nimmt Österreich nicht, wie andere Länder, Kinder aus den Flüchtlingslagern auf?*
- 29. Warum kommt die zugesagte humanitäre Hilfe in Bosnien und Griechenland bei den hilfesuchenden Menschen nicht an?*
- 30. Was unternehmen Sie als Bundeskanzler in der EU, um eine gerecht verteilte Aufnahme von Menschen in den Elendscamps in Griechenland und Bosnien zu erreichen?*
- 31. Wurden im Jahr 2020 die von Ihrem Innenminister und Ihrer Familienministerin behaupteten 5.000 oder doch nur 186 Kinder und Jugendliche Flüchtlinge aufgenommen?*
 - a. Wie erklären Sie sich die Diskrepanz zwischen den Zahlen?*
 - b. Genügt eine derart tendenziöse Darstellung von Zahlen Ihrer persönlichen Verantwortung als Bundeskanzler bzw. der Verantwortung Ihrer Regierung zu seriöser Information?*
- 32. Warum lässt die Bundesregierung Familien, die seit Jahren hier in Österreich leben und gut integriert sind, in Angst vor plötzlicher Abschiebung?*
- 33. Warum wird in diesem Zusammenhang das in der Verfassung festgeschriebene Kindeswohl und das Kindeswohlvorrangigkeitsprinzip missachtet?*
- 34. Wann werden Eltern endlich von der Bundesregierung erfahren, wie die Rahmenbedingungen für Ferienbetreuung im Sommer 2021 aussehen?*
- 35. Was sind Ihre Antworten auf die Forderungen aus der aktuellen Kampagne der Bundesjugendvertretung „Einen sorgenfreien Sommer für alle Kinder“?*
- 36. Wann werden die Rahmenbedingungen für Ferienangebote und Feriencamps endlich mit VertreterInnen der AnbieterInnen und Vereine geklärt?*
- 37. Wann wird die Bundesregierung Familien endlich eine Perspektive geben und in der Zeit der Sommerschulferien für qualitative, ganztägige und kostengünstige Betreuung für alle Kinder und Jugendliche im Pflichtschulalter sorgen?*

38. Wann können alle Eltern damit rechnen, geimpft zu werden und einen "normalen" Sommer zu verbringen?

Ich habe diese Fragen bereits im Rahmen der wortgleichen dringlichen Anfrage Nr. 3876/J-BR/2021 vom 6. Mai 2021 beantwortet und verweise daher auf meine mündliche Beantwortung derselben, welche auf der Website des Parlaments unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00925/index.shtml#tab-VorlaeufigesSten.Protokoll abrufbar ist.

Sebastian

Kurz

